

1 Fachausschuss I – Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

2

3

4 Der Fachausschuss möge beschließen:

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag möge beschließen:

7

8

9 **Hilfen für Afghanistan: Für die Gewährung humanitärer Hilfe sowie eine schnelle**
10 **Evakuierung ehemaliger Mitarbeiter deutscher Organisationen**

11

12 Als die Taliban im August 2021 die Macht in Afghanistan übernahmen, versprachen sie
13 zunächst eine gemäßigte Version ihrer Regierungsführung. Anders als in den Jahren 1996 -
14 2001 sollten Menschenrechte größtenteils beachtet werden und Schulbesuch,
15 Universitätsausbildung und Arbeitsaufnahme für Frauen erlaubt sein. Die Hoffnungen, dass die
16 Taliban es ernst meinen mit dieser Absicht, haben sich jedoch nicht erfüllt. Berichten aus
17 Afghanistan über Folter, Hinrichtungen und Zwangsverheiratungen folgten die Ankündigungen
18 der Gruppe, Universitätsausbildung nur streng getrennt nach Geschlechtern durchzuführen,
19 Mädchenschulen „zunächst“ nicht zu eröffnen und Körperstrafen wie Amputationen und
20 Exekutionen wieder aufzunehmen. Und als wäre das nicht genug, warnen die Vereinten
21 Nationen vor einer Hungersnot und einer humanitären Katastrophe im Land, bedingt durch den
22 Zusammenbruch der Regierung. Die Lage der Menschen in Afghanistan hat sich mit diesen
23 Entwicklungen entscheidend verschlechtert

24

25 Für die Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch für die Sicherheitsinteressen Deutschlands
26 und Europas folgt daraus ein klarer Handlungsauftrag. Das Ziel der multinationalen Einsätze
27 *International Security Assistance Force (ISAF)* und *Resolute Support (RS)* wurde nicht erfüllt.
28 Weder konnte sich die demokratisch gewählte multiethnische Regierung behaupten, noch
29 wurden Institutionen eines Rechtsstaats etabliert, noch erwiesen sich die Sicherheitskräfte als in
30 der Lage, die junge afghanische Republik zu schützen. Aus dieser Situation zu schlussfolgern,
31 man müsse Afghanistan nun sich selbst überlassen, wäre jedoch falsch. Aus
32 sicherheitspolitischen Erwägungen könnten eine Hungersnot, ein eventuell folgender Kampf um
33 Ressourcen und damit eine neue ethnische bewaffnete Auseinandersetzung nicht nur
34 Afghanistan, sondern auch seine Nachbarstaaten und damit die Region Zentralasien
35 destabilisieren. Und auch aus humanitären Gründen sind Hilfen für die Menschen in
36 Afghanistan ebenso geboten wie die schnelle Evakuierung der noch im Land verbliebenen
37 früheren afghanischen Mitarbeiter deutscher Institutionen und Organisationen, die jetzt aufgrund
38 dieser Tätigkeiten an Leib und Leben bedroht sind.

39

40 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
41 werden daher aufgefordert, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

42

- 43 1. Humanitäre Nothilfe muss schnellstmöglich und vor dem Einsetzen des afghanischen
44 Winters nach Afghanistan verbracht werden. Dazu sind Gespräche mit den Taliban ein

- 45 unumgängliches Übel. Diese Gespräche dürfen keine offizielle Anerkennung der
46 Regierung der Taliban beinhalten, sondern sollen ausschließlich dazu dienen, den
47 Transport von Hilfsgütern möglich zu machen.
- 48 2. Hilfsgütertransporte und Hilfsgüterversorgung müssen auf europäischer Ebenen und mit
49 den europäischen Partnern koordiniert werden. Im europäischen Rahmen sind im Dialog
50 mit afghanischen Nichtregierungsorganisationen konkrete Zielvorgaben zu entwickeln
51 und regelmäßig zu evaluieren.
 - 52 3. Vor Ort werden Hilfsgüter nicht durch die Taliban oder Angehörige ihrer Regierung oder
53 ihres Netzwerkes verteilt, sondern durch Angehörige der afghanischen Zivilgesellschaft
 - 54 4. Die Evakuierung der noch in Afghanistan befindlichen früheren Mitarbeiter*innen
55 deutscher Institutionen wie der Bundeswehr und der GIZ, deutscher und europäischer
56 Staatsangehöriger, Personen mit deutschem Aufenthaltstitel, Menschen- und
57 Frauenrechtsaktivist*innen sowie ehem. Mitarbeiter+innen des afghanischen Staates
58 (z.B. Richterinnen) ist bis zur letzten Person weiterzuführen.
 - 59 5. Zusätzlich zu diesen Nothilfen fordern wir die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit
60 der Frage des langfristigen Engagements für Afghanistan befasst, Maßnahmen
61 erarbeitet und diese regelmäßig überprüft und evaluiert. Das Dilemma, den Menschen
62 im Land zu helfen, ohne die Taliban anzuerkennen, und wie es gelöst werden kann,
63 muss dabei im Vordergrund stehen. Die Erkenntnisgewinne dieser Arbeitsgruppe sollen
64 außerdem bei der Bewertung künftiger statebuilding-Einsätze, seien sie militärischer
65 oder ziviler Natur, herangezogen werden.
 - 66 6. Nicht zuletzt wird eine externe, ressortübergreifende, wirkungsorientierte Evaluierung
67 der gesamten ISAF-Mission gefordert

70 Begründung

71 Dass das deutsche Engagement in Afghanistan im Rahmen des internationalen Einsatzes
72 krachend gescheitert ist, muss und kann nicht beschönigt werden. Zwanzig Jahre nach dem
73 Beginn der Mission, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 20. Dezember 2001 mit
74 Resolution 1386 (2001) beschloss und deren deutsche Beteiligung nur zwei Tage später, am
75 22. Dezember 2001 vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ist Afghanistan
76 erneut in Chaos versunken und wird wieder von den Taliban beherrscht. Es steht außer Frage,
77 dass die Gründe, die zum Scheitern der Mission führten, evaluiert und entsprechende Lehren
78 gezogen werden müssen. Jedoch steht es ebenso außer Frage, dass die Lage des
79 afghanischen Volkes heute zumindest ebenso schlimm und lebensbedrohlich ist wie vor
80 zwanzig Jahren.

81 Der Beschluss der VN zur Schaffung der internationalen Schutztruppe ISAF beruhte unter
82 anderem auf Resolution 1378 (2001) vom 14. November 2001. Dort bekundet der Sicherheitsrat
83 seine nachdrückliche Unterstützung „für die Anstrengungen des afghanischen Volkes, eine
84 neue Übergangsverwaltung einzurichten, die zur Bildung einer Regierung führt; beide sollten
85 auf breiter Grundlage stehen, multiethnisch sein und das gesamte afghanische Volk
86 uneingeschränkt vertreten sowie sich zum Frieden mit den Nachbarn Afghanistans bekennen;
87 [und] die Menschenrechte aller Afghanen ungeachtet des Geschlechts, der ethnischen

88 Zugehörigkeit oder der Religion achten". Das damals gegebene Versprechen an die
89 Bevölkerung Afghanistans: ökonomischer Wohlstand, Frieden und die Achtung der
90 Menschenrechte ist nicht eingelöst worden. Es besteht damit noch immer. Die Frage, *ob* wir den
91 afghanischen Menschen helfen, stellt sich nicht, es stellt sich lediglich die Frage, *wie*.

92 Als Sozialdemokraten bekennen uns zu den Menschenrechten als ein universelles
93 Versprechen. Die universelle Gültigkeit der Menschenrechte, die das Recht auf Freiheit, Leben
94 und die Sicherheit der Person ebenso beinhalten wie das Verbot von Folter, bedeutet das wir
95 uns nicht von einem Afghanistan, dass erneut unter der Herrschaft der Taliban steht, abwenden
96 können. Ebenso wenig dürfen wir uns abwenden von denen, die Deutschland während des 20-
97 jährigen Einsatzes als afghanische Mitarbeiter zum Beispiel der Bundeswehr und der GIZ,
98 gedient und geholfen haben. Unsere Politik muss sich daran messen lassen, dass wir zu
99 unseren Versprechen, unseren Verbündeten und unseren Freunden stehen.

100 Zu dieser moralischen Verpflichtung kommt eine weitere sicherheitspolitische Überlegung. Ein
101 Machtkampf innerhalb der Taliban selbst scheint wahrscheinlich. Und schließlich warnen die
102 Vereinten Nationen bereits nachdrücklich vor einer Hungersnot, dem Zusammenbruch des
103 afghanischen Gesundheitssystems und einer humanitären Katastrophe. Damit würde die
104 Bereitschaft in der Bevölkerung, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen und um knappe
105 Ressourcen zu kämpfen, wachsen. Ein ethnischer bewaffneter Konflikt wäre die Folge und
106 dieser könnte leicht den Mittleren Osten weiter destabilisieren, die Probleme zwischen Iran und
107 Irak weiter anheizen und sich über die Türkei bis vor unsere Haustür bewegen.

108 Es bleibt die Frage, ob und wie humanitäre Hilfe möglich ist, ohne ein brutales, autoritäres
109 Regime quasi anzuerkennen. Dieser Gefahr muss durch genauestens geplante und europäisch
110 koordinierte Planung und unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft begegnet werden. Als
111 Sozialdemokraten ist es für uns nichts Neues, dass Wandel durch Annäherung geschehen
112 kann. Humanitäre Nothilfe jetzt kann, vielleicht und langfristig gesehen, das afghanische Volk in
113 die Lage versetzen, die Talibanherrschaft abzuschütteln. Keine Nothilfe zu leisten, würde
114 dagegen die Afghanen und Afghaninnen den Taliban ausliefern und sie einem grausamen
115 Überlebenskampf überlassen.